

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 12.02.2025

Antrag:
Sicherstellung der Umsatzsteuerbefreiung für Volkshochschulangebote

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich bei der Bayerischen Staatsregierung und auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Angebote der Volkshochschulen (vhs) auch künftig von der Umsatzsteuer befreit bleiben. Insbesondere soll er sich gegen die Pläne des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) wenden, welche eine Einschränkung der Steuerfreiheit vorsehen.

Begründung:

Die Volkshochschulen sind ein wesentlicher Bestandteil des Bildungsangebots in München und ganz Deutschland. Sie vermitteln nicht nur berufliche, sondern auch überfachliche und gesellschaftlich relevante Kompetenzen, die für die Bewältigung der modernen Arbeits- und Lebenswelt unverzichtbar sind.

Ein Entwurf des BMF zur Änderung des Umsatzsteueranwendungserlasses sieht vor, dass zahlreiche Kurse künftig der Umsatzsteuerpflicht unterliegen würden, was zu erheblichen Kostensteigerungen für die Teilnehmer:innen führen würde. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen ist es jedoch essentiell, dass Weiterbildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen erschwinglich bleiben.

Der Bayerische Volkshochschulverband (bvV) hat bereits deutlich gemacht, dass der ministerielle Alleingang die Mühen zur Förderung des lebenslangen Lernens und der gesellschaftlichen Teilhabe konterkariert. Zudem würde die Umsetzung des BMF-Entwurfs eine erhebliche Bürokratisierung nach sich ziehen, welche die Volkshochschulen in ihrer Arbeit behindert.

Daher soll sich auch die Landeshauptstadt München klar gegen diese Pläne positionieren und gemeinsam mit anderen Kommunen, Bildungsträgern und Verbänden darauf hinwirken, dass Weiterbildung in ihrer gesamten Breite auch weiterhin umsatzsteuerfrei bleibt.

Initiative:
Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender